



Binswanger

Ein tragischer Start ins neue Jahr

Eine der verheerendsten Brandkatastrophen der Schweizer Geschichte lastet auf dem Jahresbeginn. Auch sonst wird 2026 herausfordernd werden.

Von Daniel Binswanger, 03.01.2026

Bundespräsident Guy Parmelin hat gut daran getan, seine Neujahrsansprache zu verschieben. Aus Rücksicht auf die Opfer des Brandes von Crans-Montana. Weil die schrecklichen Dimensionen der Katastrophe andere Dringlichkeiten schufen. Und weil es angesichts des plötzlichen Hereinbrechens von so viel Leid und Tod sinn- und pietätlos erschien, als Erstes grosse Worte zu machen.

Es handelt sich um die tödlichste Katastrophe in der Schweiz seit sehr langer Zeit. Und was den Schock noch zusätzlich steigert: Sie ereignete sich nicht nur in der Silvesternacht – dem Fest des Ausblicks und der Zukunftshoffnung –, sondern auch am Ende eines verflossenen Jahres voller Krieg, Gewalt und sich rasend beschleunigender politischer Regression. In den ersten Stunden eines neuen Jahres, das nicht weniger bedrohlich erscheint und noch mehr Kriege, noch mehr Destabilisierung bringen könnte.

Es gibt eine seltsame Parallele zum Herbst 2001. Auch damals ereignete sich ein Epochensprung – nicht wie heute als fundamentaler, umfassender Transformationsprozess, der die Weltordnung, die globalen Handelsbeziehungen und die liberalen Verfassungsstaaten in seinen Strudel zieht, sondern als traumatisches, punktuelles Ereignis. Mit *Nine Eleven* ging an einem Tag schockartig eine Ära zu Ende. Aber auch damals wurde die welthistorische Wende begleitet von schrecklichen Katastrophen in der scheinbar so krisensicheren Schweiz, sogar von einer ganzen noch nie da gewesenen Serie: dem Attentat von Zug, das 15 Leben forderte. Dem Brand im Gotthardtunnel, dem 11 Menschen zum Opfer fielen. Dem Absturz einer Crossair-Maschine mit 24 Toten.

Das Zusammentreffen solcher Ereignisse ist unbegreiflich und zufällig. Sie sind voneinander gänzlich unabhängig, und es wäre absurd, ihrer Häufung einen tieferen Sinn zuschreiben zu wollen. Aber diese Tragödien führen uns brutal vor Augen, wie fragil das menschliche Leben ist, wie schnell die Ordnungs- und Sicherheitsdispositive versagen können. Wie wenig es braucht, damit plötzlich alles in Flammen steht – ein flashover sich ereignet.

Vielleicht ist jenseits des unerträglichen Leids der Betroffenen auch das ein Grund, weshalb die Neujahrskatastrophe uns so erschüttert: Im Gegensatz zu 2001 gibt es für den heutigen Epochensprung kein klar identifizierbares Symbol.

So viel Unerträgliches hat sich über die letzten Jahre banalisiert – und wir leben inzwischen wie die sprichwörtlichen Frösche im Wasserkessel, der sich so langsam, dass wir es nicht mehr spüren, immer tödlicher erhitzt. Sind in der Ukraine und in Gaza über lange, lange Zeit nicht jede Nacht noch viel mehr unschuldige Menschen verbrannt, verschüttet und verstümmelt worden als jetzt in einem Schweizer Skior? Crans-Montana ist eine menschliche Tragödie, die mit Weltpolitik nichts zu tun hat. Aber es ist in der öffentlichen Wahrnehmung wohl auch ein Kristallisierungspunkt für die Barbarei, die wir sonst nicht an uns heranlassen, weil sie allgegenwärtig geworden ist und wir uns verzweifelt an die Illusion klammern, sie betreffe nur entlegene Zonen und werde uns im Reduit nicht erreichen.

Dass die Welt auf eine ungewisse und extrem gefährliche Zukunft zusteuert, ist jedoch eine Tatsache, die nicht erst mit dieser Silvesternacht manifest geworden ist. Wir sollten uns zu diesem Jahresbeginn klar vor Augen führen, wie knapp die Zeithorizonte und wie gross die Dringlichkeiten geworden sind.

Binswanger

Daniel Binswangers Kommentare verbinden das Klein-Klein der Tagespolitik mit den grossen Fragen, den grundlegenden Werten, den umfassenden Theorien. Aktuell und reflektiert. Jeden Samstag.

Es wird häufig gesagt, dass der grosse Test 2027 oder 2029 bevorstehe, wenn in Europa die entscheidenden nationalen Wahlen – 2027 in Frankreich, Italien und Spanien, 2029 in Deutschland und Grossbritannien – ins Haus stehen. In allen diesen Ländern ist eine Regierungsbeteiligung oder Regierungsmehrheit der rechtsradikalen Kräfte nicht mehr auszuschliessen. Ein Europa der Trump-Vasallen und Putin-Freunde könnte dann Gestalt annehmen. Und nicht zuletzt: Anfang 2029 wird der nächste US-Präsident sein Amt antreten.

Genau deshalb ist jedoch ein näher liegendes Datum noch viel bestimmender: die amerikanischen Zwischenwahlen im nächsten November.

Die *midterms* werden darüber entscheiden, ob Trump die Kontrolle über den Kongress behält und ob er weiterhin den rasanten Umbau des amerikanischen Regierungssystems vorantreiben kann, ohne dass die Legislative in irgendeiner Weise mitredet. Wenn die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückerobern, wird es vorbei sein mit Trumps scheinbarer Allmacht.

Die aktuellen Popularitätswerte des Präsidenten sind nicht gut. Sein Wahlversprechen, die Inflation zu bekämpfen und die Kaufkraft der Geringverdienerinnen zu verbessern, war eine klassische Trump-Ansage: ein blosser Witz. Real sind andere Dinge, vornehmlich das Agieren der Immigrationspolizei ICE, die die Strassen der amerikanischen Städte mit ihrem Terror überzieht, krudestes Racial Profiling betreibt und in willkürlicher Weise Jagd auf südamerikanisch aussehende Menschen macht. Insbesondere in der Latino-Community – einer Wählerinnengruppe, die für den Sieg bei den letzten Präsidentschaftswahlen wichtig war – hat dieses Vorgehen Trump fast sämtliche Unterstützung gekostet.

Man kann sich momentan schwer vorstellen, wie die Demokraten die Zwischenwahlen verlieren sollen – nicht einmal die abgesehen von wenigen Ausnahmen wie Zohran Mamdani, Alexandria Ocasio-Cortez und Gavin Newsom so hilflos agierenden Demokraten. Die alles entscheidende Frage ist aber eine andere: Können diese Zwischenwahlen in korrekter Form überhaupt noch stattfinden?

Trump hat in seinem ersten Amtsjahr ein derart skrupelloses Verhalten an den Tag gelegt; sich und seine Familie mit so obszöner, in der amerikanischen Geschichte noch nie da gewesener Hemmungslosigkeit bereichert; so systematisch und schamlos darauf hingearbeitet, alle Schlüsselpositionen mit ergebenen Günstlingen ohne Kompetenz und Hausmacht zu besetzen, dass es kaum sein Plan sein dürfte, die absehbare Niederlage passiv hinzunehmen. Es gibt für Trumps irrwitzige Personalpolitik genau einen rationalen Grund: die Vorbereitung eines institutionellen Putsches. Die offene Frage ist lediglich, wie weit er damit gehen kann.

Zudem hält Trump weiterhin die Betrugslüge bezüglich der verlorenen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 aufrecht, offensichtlich mit der Absicht, sie auch bei künftigen Niederlagen ins Feld zu führen. Der verfassungsrechtlich mehr als zweifelhafte Einsatz der Nationalgarde in demokratisch regierten Städten wurde zwar gerichtlich mehrfach untersagt und von Trump inzwischen beendet, könnte unter neuen Vorwänden aber jederzeit wieder aufgeleist werden. Zum Beispiel zur Einschüchterung von Wählerinnen oder – etwa nach der Erklärung des Ausnahmezustandes – auch zur Beschlagnahmung von Wahlurnen.

2026 wird der grosse Test sein für die verbleibende Resilienz der amerikanischen Demokratie. Einerseits ist schwer vorstellbar, dass die Trump-Regierung die Durchführung geordneter Wahlen tatsächlich verhindern kann. Der amerikanische Rechtsstaat ist zwar stark beschädigt, aber nicht ausser Kraft gesetzt. Das Oberste Gericht ist der Trump-Regierung gegenüber äusserst willfährig, lässt aber doch nicht alles durchgehen. So besteht zum Beispiel eine reale Chance, dass Trumps Zollpolitik in den nächsten Wochen gekippt wird.

Andererseits kann jedoch kaum ein Zweifel daran bestehen, dass der Präsident sich nicht geschlagen geben und das Resultat nur dann anerkennen wird, wenn es zu seinen Gunsten ausfällt. Die Situation ist offen. Was heute mehr denn je bedeutet: Alle Szenarien sind denkbar – die positiven wie die schlimmsten.

Wir haben in Europa wenig Einfluss auf den Lauf der amerikanischen Politik. Dennoch sind wir zum Handeln aufgerufen: Es muss höchste strategische Priorität haben für alle europäischen Länder, sich von den USA so schnell wie möglich unabhängig zu machen. Es ist eine der hoffnungsvollen Entwicklungen des letzten Jahres, dass an dieser Einsicht heute kein Weg mehr vorbeiführt.

Natürlich handeln die europäischen Staatschefs mit angezogener Handbremse: Die Abhängigkeit von den USA ist vorderhand schlicht zu gross. Das gilt für die Sicherheitspolitik, den Rüstungssektor, das Banken- und Finanzsystem, die Informatik- und Cloud-Infrastruktur, die Rechenzentren und KI.

Es ist existenzbedrohend, wie stark Europa zurückgefallen ist, wie sehr es sich dem einstigen transatlantischen Verbündeten ausgeliefert hat, der ihm heute Zölle, Erdgaskäufe und Direktinvestitionen abpresst. Der keinen Hehl mehr daraus macht, dass er massiv in die europäische Innenpolitik eingreifen will, mit allen Zwangsmitteln «Meinungsfreiheit» (will sagen rechtsextreme Propaganda) nach US-Vorgaben in Europa durchsetzt und –absurder Gipfel offener Feindschaft – gegen den öffentlichen Rundfunk des vermeintlich verbündeten Grossbritannien mal eben schnell eine 10-Milliarden-Klage vom Stapel lässt.

Aber Europa hat die industrielle Basis, die Hochschulen, die wirtschaftlichen Kapazitäten, um sich unabhängig zu machen. Es wird ein komplexer Eiertanz werden, weil viele Abhängigkeiten längerfristig bestehen bleiben werden und die Europäer sowohl die strategische Partnerschaft weiter pflegen als auch sich strategisch emanzipieren müssen.

Doch Europa muss die wirtschaftliche und finanzpolitische Integration vorantreiben, die Rüstungsindustrie im Eilzugtempo hochfahren, eigene Satellitenaufklärung schaffen, wie Russland und China ein unabhängiges internationales Zahlungs- und Kreditkartensystem auf die Beine stellen, Cloud-Kapazitäten und Rechenzentren aufbauen. Sonst wird es seine Grundwerte, den demokratischen Pluralismus, den Rechtsstaat, die Menschenrechte, die Dekarbonisierung, eine multilaterale, regelgeleitete Staatenordnung unter strikter Ächtung des Angriffskrieges, weder hochhalten noch verteidigen können.

Die Herausforderung ist riesig, aber es gibt keine Alternative. Immerhin so viel ist heute klar. Die Schweiz liegt mitten in Europa und muss sich dazu bekennen. Auch das Alpenreduit ist nicht extraterrestrisch – wir können uns dem Weltenbrand nicht entziehen. Wir werden sonst jede Glaubwürdigkeit verlieren, als die schäbigen Lakaien Washingtons erscheinen und von den USA – was die Zollverhandlungen zeigten – wie schäbige Lakaien behandelt werden. Ein Teil der Schweizer Bürgerlichen will diesen Weg gehen, nicht nur aus verblendetem Opportunismus, sondern weil Trumps Politik der niederen Instinkte sie anspricht und verführt.

Doch das ist nicht, wer wir sind, auch 2026 nicht. Wir stehen in einer Auseinandersetzung um unsere Grundwerte. Sie müssen kompromisslos verteidigt werden.

Illustration: Alex Solman